



# HESSISCHER LANDTAG

16. 05. 2023

Plenum

## Antrag

### Fraktion der SPD

**Hessen kann mehr: Wir brauchen eine Arbeitswelt der Zukunft, die für jede und jeden gerecht, solidarisch und sicher ist**

Wie wichtig solidarisches und geeintes Handeln ist, haben uns die vergangenen drei Jahre deutlicher denn je vor Augen geführt. Besonders in Krisenzeiten brauchen die Menschen Sicherheiten. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zeigt uns dies einmal mehr. Gleichzeitig müssen wir uns in schwierigen Zeiten noch stärker den Herausforderungen der Digitalisierung, des Klimawandels und des Fach- bzw. Arbeitskräftemangels stellen. Der Wandel der Wirtschafts- und Arbeitswelt muss im Interesse der Menschen gestaltet werden. Nur gemeinsam können wir das ganze Potenzial der Herausforderungen nutzen: Für gute Arbeitsbedingungen in zukunftsfähigen Wirtschaftszweigen, für innovative Geschäftsmodelle, für eine dezentrale, saubere und bezahlbare Energieversorgung und für nachhaltiges Wachstum, an dem alle teilhaben. Hessen braucht eine politische Strategie für eine Arbeitswelt der Zukunft, die für jede und jeden gerecht, solidarisch und sicher ist. Dazu gehört, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu unterstützen, ihre Interessen im Blick zu haben und ihre Rechte zu stärken.

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Hessische Landtag hebt hervor, dass die für die Wirtschafts- und Arbeitswelt in Hessen anstehenden Transformationsprozesse sehr komplex sind. Veränderungen durch den Klimawandel, durch die Notwendigkeit von mehr Digitalisierung und auch durch den demographischen Wandel können Menschen verunsichern. Daher ist es von zentraler Bedeutung, dass diese Prozesse vonseiten des Landes zusammen mit Betrieben und Gewerkschaften aktiv begleitet und gestaltet werden. Die Landesregierung muss zu diesem Zweck einen Transformationsfonds einrichten, der zielgerichtet auf die Bedürfnisse der Wirtschafts- und Arbeitswelt in Hessen ausgerichtet ist und die strukturellen Unterschiede zwischen Stadt und Land berücksichtigt.
2. Der Hessische Landtag weist darauf hin, dass eine starke Wirtschaft und gute Arbeit zwei Seiten derselben Medaille sind. Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und Teilhabe sind dabei untrennbar miteinander verbunden. Dabei muss die Landesregierung mit gutem Beispiel vorangehen. Die Kriterien für die Vergabe von Wirtschaftsförderung müssen sich an Tarifbindung und innerbetrieblicher Mitbestimmung orientieren. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, die hessische Wirtschaftsförderung danach auszurichten, dass Unternehmen, die die Kriterien guter Arbeit einhalten, mit einem Zuschlag in der Förderung berücksichtigt werden.
3. Der Hessische Landtag fordert ein durchsetzungsstarkes Tariftreue- und Vergabegesetz, um als Land seinen Beitrag für Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und die Durchsetzung von guter Arbeit zu leisten. Weiteres Lohndumping bei der Vergabe öffentlicher Aufträge muss verhindert werden. Dafür braucht es Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten.

Der Grundsatz für gute Arbeit muss auch im Bereich der sozialen Arbeit gelten. Die Landesregierung wird aufgefordert, öffentliche Zuschüsse so zu gestalten, dass sie die Tarifentwicklungen bei den Trägern berücksichtigt, Kostensteigerungen auffangen und gute Arbeitsbedingungen sichergestellt werden.

4. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Landesregierung für gute Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung eine Vorbildfunktion einnehmen muss. Deshalb fordert der Hessische Landtag die Landesregierung auf, in Zeiten des Fachkräftemangels selbst ein Signal zu setzen und dafür Sorge zu tragen, damit der öffentliche Dienst wieder ein attraktives Arbeitsumfeld bietet. Nur mit deutlich besseren Gehältern in einem attraktiven und zeitgemäßen Arbeitsumfeld können wieder motivierte Menschen für den öffentlichen Dienst gewonnen und der Fachkräftemangel bekämpft werden. Der Hessische Landtag betont daher die große Bedeutung der Tarifbindung. Die Landesregierung wird außerdem aufgefordert, das Hessische Personalvertretungsgesetz (HPVG) im Sinne von mehr Mitbestimmung zu ändern und für eine verfassungsgemäße Versorgung und Besoldung der Beamtinnen und Beamten Sorge zu tragen.
5. Der Hessische Landtag unterstreicht die Tatsache, dass der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien in Hessen zu einer Sicherung und einem Zugewinn von Arbeitsplätzen in Hessen führt. Er bedauert, dass Hessen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien anderen Bundesländern hinterherhinkt. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ausreichend geeignete Flächen für Windenergieanlagen und Solarparks zur Verfügung zu stellen und die Genehmigungsverfahren zum Ausbau Erneuerbarer Energien zu entbürokratisieren und zu beschleunigen.
6. Der Hessische Landtag unterstreicht, dass die Fach- und Arbeitskräftegewinnung durch Zuwanderung unverzichtbar ist und unterstützt die Pläne der Bundesregierung für eine Reform des Einwanderungsrechts. Dafür ist es dringend geboten, dass das Land Hessen die Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfacht und beschleunigt.
7. Der Hessische Landtag setzt sich für eine inklusive Gesellschaft ein, in der Menschen mit Behinderung selbstbestimmt und gleichberechtigt am Arbeitsleben teilnehmen können. Das vom Deutschen Bundestag im April 2023 beschlossene Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes wird daher ausdrücklich begrüßt, da es dazu beitragen wird, mehr Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen, dort zu halten und zielgenauer zu unterstützen.
8. Der Hessische Landtag fordert eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Auch eine stärkere Erwerbstätigkeit von Frauen kann dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Dabei muss sichergestellt werden und möglich sein, dass die Sorgearbeit besser unter den Geschlechtern aufgeteilt werden kann. Dazu ist es insbesondere nötig, dass qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsplätze und angebotene Betreuungszeiten ausgeweitet werden. Wir fordern die Landesregierung auf, dem Mangel an Erzieherinnen und Erziehern vehement entgegenzuwirken und die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen zu verbessern.
9. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, die duale Ausbildung zu stärken. Deshalb kommt der Investition in Berufliche Bildung eine besondere Bedeutung zu. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung daher auf, das Gesamtgefüge der Beruflichen Schulen zu stärken, damit sie als verlässlicher dualer Partner der hessischen Ausbildungsbetriebe für die Fachkräfte von morgen auftreten können. Ein wichtiger Baustein ist dabei eine dezentrale und betriebsnahe Sicherung der Berufsschulstandorte, die schulträgerübergreifende Organisationsformen in Form von Bezirks- und Landesfachklassen sollen die Ausnahme darstellen. Gerade im Bereich der Berufsschule kommt dem Lernortverbund zwischen Ausbildungsbetrieb und Berufsschule sowie engen Kooperationsbezügen zwischen den Partnern des dualen Systems eine besondere Bedeutung zu. Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, das Konzept der „zukunftsfähigen Berufsschule“ mit einem Moratorium zu belegen.
10. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Pilotprojekt aufzusetzen, in dem für einzelne Ausbildungsgänge Kooperationen zwischen Schulen unter Nutzung der digitalen Möglichkeiten von hybriden Unterrichtsprojekten erprobt werden, um für Schülerinnen und Schüler einen wohnortnahen Berufsschulunterricht zu sichern, Planbarkeit und Kontinuität für die Entwicklung der Schwerpunkte an Beruflichen Schulen zu gewährleisten, Ressourcen wirksam zum Einsatz zu bringen und die Ausbildungsstandorte in der Region zu stärken.
11. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für eine frühere Berufsorientierung in allen Schulen und Schulformen sowie mehr Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsgängen einzusetzen. Auch an den Gymnasien besteht die Notwendigkeit zur Schaffung eines Faches für die Berufs- und Lebensweltorientierung. Durch die Untätigkeit der Landesregierung wird hier viel Potential verschenkt und nicht gehoben.

12. Der Hessische Landtag nimmt die im März 2023 veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung zur Kenntnis. Diese zeigt auf, dass die Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss seit Jahren steigt, in 2021 über 47.000 Menschen. Der Hessische Landtag bekräftigt, dass jede Schülerin und jeder Schüler am Ende der Schullaufbahn einen Schulabschluss und damit eine Perspektive für den weiteren Lebensweg haben muss. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage Hessens und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist es wichtig, dass kein junger Mensch zurückgelassen wird. Angesichts der seit Jahren stagnierenden Zahlen von jungen Menschen ohne Schulabschluss in Hessen, sieht der Hessische Landtag die Notwendigkeit, die bestehenden Unterstützungs- und Ausbildungsprogramme auf Qualität und Erfolg zu überprüfen und die Berufseinstiegsbegleitung wiedereinzuführen.

Wiesbaden, 16. Mai 2023

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Günter Rudolph**